



zäme spile.
zäme lehre.

27. September 2009
www.ja-zu-harmos.ch

Ja zu Harmos am 27. September 2009

Eine menschliche Schule – mit HarmoS

Erziehungsdirektor Bernhard Pulver reist derzeit durch den Kanton Bern, um die HarmoS-Vorlage zu erklären. Und dafür zu überzeugen. Er erklärt wieso.

Nach meinen wichtigsten Zielen im Bereich Volksschule befragt, würde ich ohne Zögern von der familienfreundlichen Schule (Ausbau der Tagesschulen), von der vermehrten Unterstützung der Lehrpersonen und der Verbesserung ihrer Anstellungsbedingungen, von der Entwicklung der Schule hin zu verstärkter Kompetenzorientierung, zur menschlichen Bildung und weg von einer zu starken Ökonomisierung sprechen. Die schweizweite Harmonisierung der Strukturen käme nicht an erster Stelle.

Und doch: Derzeit reise ich täglich im Kanton Bern herum, um für das Konkordat HarmoS zu überzeugen. Denn die Schweizer Bevölkerung hat den Kantonen im Frühjahr 2006 mit rund 85% Ja-Stimmen den Auftrag gegeben, die wichtigsten Eckwerte der Volksschule zu vereinheitlichen: Beginn und Dauer der Schulpflicht, Dauer und Inhalte der einzelnen Schulstufen. Rund um dieses Konkordat ist nun eine breite Debatte zur Volksschule entstanden.

Keine grossen Änderungen für den Kanton Bern

HarmoS hält sich an die Vorgabe der Bundesverfassung: Festgelegt wird, dass der Kindergarten – als Kindergarten! – in Zukunft zur 11-jährigen Volksschulzeit gehört und dass der Regeleintritt nach dem vierten Geburtstag erfolgt. Dies ist für drei Viertel aller Kinder in Bern heute schon Realität. Weiter soll die Oberstufe drei Jahre dauern und der Unterricht einer ersten Fremdsprache ab dem

heutigen 3. Schuljahr erfolgen. Schliesslich werden für das Ende des heutigen 2., 6. und 9. Schuljahres Bildungsstandards festgelegt: Diese Kompetenzen sollen alle Kinder am Ende der einzelnen Schulstufen erreichen. Dazu sollen auch ein gemeinsamer deutschschweizer und ein gemeinsamer welscher Lehrplan erarbeitet werden.

Mit Augenmass

Das alles ist sinnvoll. Auch das am meisten umstrittene Element, der zweijährige Kindergarten. Es macht Sinn, die Kinder genau dann zu unterstützen und in ihren Kompetenzen zu fördern, wenn sie am aufnahmebegierigsten sind. Selbstverständlich wird das auch in Zukunft kindergerecht und spielerisch geschehen. Und selbstverständlich wird es auch in Zukunft wie schon heute die Möglichkeit geben, dass Kinder ein Jahr später in den Kindergarten gehen. Nirgends wird die Kantonspolizei weinende Kinder in eine «Zwangs-Schule», transportieren. Auch wenn die Plakate der HarmoS-Gegnerinnen und Gegner etwas anderes suggerieren: Unsere Kindergartenlehrkräfte machen eine gute Arbeit – und für eine sinnvolle Sache reise ich gerne in unserem schönen Kanton herum.

Bernhard Pulver
Grüner Erziehungsdirektor des Kantons Bern
www.ja-zu-harmos.ch

Si on est nomade



En mars 2003 le Tribunal Fédéral a reconnu aux gens du voyage le droit d'obtenir des aires de stationnement ou de passage pour que ces derniers

puissent vivre selon leur culture nomade. Il a affirmé que, lorsque la loi fédérale sur l'aménagement du territoire dispose que «les territoires réservés à l'habitat et à l'exercice des activités économiques seront aménagés selon les besoins de la population», il faut comprendre que les besoins spécifiques de la partie de la population que constituent les gens du voyage suisse doivent être également satisfaits. En Suisse, environ 2'500 personnes pratiquent ce mode de vie pour pouvoir exercer leur métiers ambulants. Afin qu'ils puissent trouver des places pour pouvoir s'arrêter dans la région de Bienne, j'ai lancé un postulat au Conseil de ville en avril dernier. Nous avons proposé en outre, ensemble avec les gens du voyage, deux jours de rencontre, les 10 et 11 août 2009 à Nidau sur l'ancien terrain de l'Expo08.

Muriel Beck Kadima, membre de la fraction verte du Conseil de ville biennois

Inhalt



Seite 2
Gesucht: bezahlbare Familienwohnungen



Seite 3
Einstimmiges Ja zu Harmos



Seite 5
Biel macht vorwärts



Seite 7
Zwischen Landwirtschaft und Ökologie

Kita für alle!



Zwei von drei Familien im Kanton Bern haben Schwierigkeiten, Familie und Beruf zu vereinbaren, da sie keinen Betreuungsplatz für ihre Kinder haben. In der Tat ist das

Angebot an Kindertagesstätten ungenügend und von Gemeinde zu Gemeinde sehr verschieden. Und selbst in städtischen Gebieten mit einer dichten Bevölkerung reicht das bestehende Angebot bei weitem nicht aus. Dabei würde damit einem Bedürfnis vieler Kinder und Eltern entsprochen. Kinder sind neugierig und wollen mit anderen Kindern spielen, Eltern können in dieser Zeit ohne Sorge ihre beruflichen Aufgaben erfüllen. Der Kanton Bern hat mit der Einführung von Tagesschulen eine Pionierrolle in der Schweiz eingenommen. Der nächste logische Schritt ist ein bedarfsgerechtes Angebot an Kitas im ganzen Kanton Bern nach diesem Vorbild. Denn es soll nicht auf den Wohnort und den Zufall ankommen, ob ein Kind in eine Kita gehen darf oder nicht. Genau das haben wir Grüne im Grosse Rat vorgeschlagen, was dieser aber leider abgelehnt hat. Wir werden uns umso mehr beharrlich für Kitas im ganzen Kanton einsetzen und weitere Wege beschreiten, um zum Ziel zu gelangen.

Corinne Schärer, Grossrätin Grüne

KantonalSpots

■ Wechsel in der Grossratsfraktion

Erik Mozsa von der GFL Stadt Bern ist aus dem Grossen Rat zurückgetreten. Er zieht nach Amsterdam, um ein Nachdiplomstudium anzutreten. Anna-Magdalena Linder wird ab September nachrutschen. Die 31-Jährige war seit 2006 Stadträtin in Bern. Sie ist diplomierte Drogistin und studiert an der Pädagogischen Hochschule in Bern.

■ Vier gewinnt – Sichere Werte im Regierungsrat

Seit dem 6. August ist klar: Die vier rot-grünen Regierungsräte Bernhard Pulver, Barbara Egger, Philippe Perrenoud und Andreas Rickenbacher treten an den Wahlen im März 2010 wieder an. An einer gemeinsamen Medienkonferenz im Kursaal Bern gaben sie bekannt, dass sie unter dem Slogan «Vier gewinnt – Sichere Werte im Regierungsrat» eine gemeinsame Kampagne führen werden.

Mehr auf S.7 und www.4-gewinnt.ch

Massnahmen gegen Wohnungsnot

Gesucht: bezahlbare Familienwohnungen

In den Agglomerationen im Kanton fehlt es an preisgünstigen Wohnungen. Angesichts der Wirtschaftskrise und hoher Arbeitslosigkeit dürfte sich das Problem verstärken. Im November 2009 hat der Grosse Rat eine zweite Chance, Massnahmen zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum zu beschliessen.

Was verbindet die Agglomerationen Interlaken, Thun und Bern? Die Leerwohnungsziffer ist tief und es gibt kaum freie Wohnungen. Das ist vor allem für Personen oder Familien mit tieferen Einkommen ein Problem. Ein Bericht des Regierungsrats kommt zum Schluss, dass sich die Situation für einkommensschwache MieterInnen in den letzten Jahren verschlechtert hat. Eine Analyse für die Städte Bern, Biel, Thun und Interlaken zeigt, «dass die Mietpreise im unteren Preissegment stärker gestiegen sind als der Durchschnitt aller Mietpreise.» Gemäss mittelfristigen Szenarien wird die Nachfrage nach Wohnraum in der Agglomeration Bern und entlang der Achse Thun-Bern-Biel hoch bleiben. Zudem hat eine wachsende Zahl von älteren Personen neue Bedürfnisse an den Wohnraum.

Schild-Bürgerlicher-Streich gegen das Wohnförderungsgesetz

Es ist daher zynisch, dass der Grosse Rat im Juni 2009 das Gesetz über die Förderung des preisgünstigen Mietwohnungsangebots knapp mit 77 zu 75 Stimmen gebodigt hat. Mit dem Gesetz wollte der Kanton gemeinnützige Wohnbauträger mit 2 Mio. Franken unterstützen. Grüne Vorschläge für Bürgschaften wurden ebenfalls abgeschmettert. Gemeinnütziger Wohnungsbau macht heute im Kanton ca. 12% aus. Heute werden gemeinnützige Bauträger (Genossenschaften, öffentliche Hand) zu wenig unterstützt. Dass kommunaler Wohnungsbau wirkt, zeigt die stadtbernische

Wohnbaupolitik. Diese Liegenschaften sind trotz kostendeckender Mieten 20% günstiger als auf dem freien Markt.

Gebäudesanierungsprogramm in Bern

Preisgünstiger Wohnraum (meist Altwohnungen) bedingt Instandhaltung und Erneuerung. Im Kanton Bern wurden 35% der Wohnungen (Agglomeration Bern: 40%) vor 1971 gebaut oder über 20 Jahre nicht saniert. Sie sind im schweizerischen Vergleich überaltert. Ein Problem ist der grosse Energieverschleiss. Hier braucht es dringend Gegensteuer. Die Stadt Bern hat auf grünen Druck reagiert und 2 Mio. für ein Gebäudesanierungsprogramm beschlossen. Dies ist ein Beitrag zum Klimaschutz und grüne Konjunkturförderung.

Zweite Chance Novembersession

Nachdem der Kanton im Jahr 2003 seine Wohnbauförderung aus Spargründen eingestellt hat, ist es nun an der Zeit für sinnvolle und nachhaltige Massnahmen. Die Grünen setzen sich dafür ein, dass soziale und ökologische Anliegen verknüpft werden. Und nicht zuletzt dafür, dass die Verfassung des Kantons Bern eingehalten wird. Denn die Förderung des preisgünstigen Wohnungsbaus ist dort als verbindliche Aufgabe vorgegeben.

Lilo Lauterburg, Grossrätin Grüne

Natalie Imboden, Regionalgruppe Mieterverband Bern, Stadträtin Grünes Bündnis Bern



Murifeld: gelungene Wohnbauförderung in Bern

Delegiertenversammlung in Burgdorf

Einstimmiges Ja zu Harmos

Die DV der Grünen Kanton Bern in Burgdorf am 18. August 2009 bestand aus einem öffentlichen Teil, in dem Regierungsrat Bernhard Pulver zu einem Referat mit Diskussion zu Harmos einlud und einem internen Teil, bei dem der Verlauf der kantonalen Initiative BERN erneuerbar im Zentrum stand

Die Delegiertenversammlung wurde von der GFL Burgdorf als Gastgeberin durch deren Präsidentin Mirjam Mumenthaler und Burgdorfs Stadtpräsidentin Elisabeth Zäch (SP) eröffnet. Der Grüne Regierungsrat und Erziehungsdirektor Bernhard Pulver legte in seinem Referat die wichtigsten Argumente für ein Ja zum Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Volksschule (Harmos) dar und machte deutlich, dass für ihn dabei das Wohl des Kindes und zwischenmenschliche Beziehungen im Zentrum von Schule und Bildung stehen (s. Frontseite).

BERN erneuerbar auf Kurs

Im zweiten Teil des Abends lag der Schwerpunkt auf dem Verlauf der kantonalen Initiative *BERN erneuerbar*. Der aktuelle Stand der gesammelten Unterschriften beträgt gut 14'700. Dass in rund vier Monaten so viele Unterschriften zusammengetragen werden konnten, zeigt, dass bei den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern des Kantons Bern ein grosses Interesse an einer kantonalen Energieversorgung auf der Basis erneuerbarer Energien, an Energieeffizienz und an Energiesparmassnahmen besteht und dass die Initiative auf breite Unterstützung stösst. Das Ziel der Grünen Kanton Bern ist es, bis Ende September 2009 die noch fehlenden Unterschriften zu sammeln.

Aufnahme neuer Regionalparteien

Im Zuge der Wahlkreisreform wurde die ehemalige Regionalpartei Mittelland in die zwei Regional-



Bernhard Pulver spricht in Burgdorf zu Harmos

parteien Grüne Mittelland Nord und Grüne Mittelland Süd aufgeteilt. Die beiden neuen Regionalparteien wurden von den Delegierten bei den Grünen Kanton Bern aufgenommen.

Für die Abstimmung vom 27. September 2009 beschlossen die Delegierten einstimmig Ja zu Harmos. Auf nationaler Ebene unterstützen die Delegierten den Bundesbeschluss über die befristete Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze. In der Diskussion wurde allerdings Skepsis gegenüber dem Ausbau der indirekten Besteuerung zulasten der direkten Besteuerung geäussert. Weitere Parolen siehe Seite 8.

Im Rahmen der Diskussion um das Raumkonzept Schweiz verabschiedeten die Delegierten einstimmig eine Resolution mit zehn Grünen Forderungen an die Bernische Raum-, Regional- und Finanzpolitik.

Am Ende der Veranstaltung gab die Bieler Gemeinderätin Barbara Schwickert ihren Rücktritt als Co-Präsidentin der Grünen Kanton Bern bekannt. Der kantonale Vorstand wird sich bis zur nächsten Delegiertenversammlung am 10. November 2009 mit der Nachfolgeregelung befassen.

Andrea Kugler, Praktikantin Geschäftsstelle Grüne Kanton Bern

AIJ: Les Verts du Jura Bernois prennent position

«Les Verts du Jura bernois ont pris connaissance du rapport de l'Assemblée interjurassienne (AIJ). C'est avec satisfaction qu'ils remarquent que l'avenir institutionnel de la région a pu être analysé (...) dans un esprit d'ouverture et de dialogue. Les Verts du Jura bernois appuient le rapport de l'AIJ dans ses conclusions principales: **Les pistes institutionnelles proposées, quelles qu'elles soient, doivent obligatoirement tenir compte de la situation particulière du Jura bernois, étroitement lié aussi bien avec le Canton de Berne, la Ville de Bienne qu'avec l'actuelle République et Canton du Jura (RCJ). Le Jura bernois sera toujours à la recherche d'un équilibre**

entre les deux pôles. La solution politique à trouver doit impérativement considérer cette caractéristique qui, si elle est acceptée, peut être source de richesses.»

Pour les Verts, le rapport de l'AIJ montre que la Question jurassienne n'a pas de solution définitive et que, à chaque époque, la solution passe par l'acceptation d'un équilibre, inévitablement changeant, entre ces différents pôles d'attraction. Les Verts sont favorables à la piste du *statu quo +* qui donne les 4 axes principaux de l'évolution souhaitée pour le Jura bernois et pour ses relations avec la RCJ: simplification des structures, réorganisation du territoire et du

nombre de communes; élargissement et renforcement des compétences dans le cadre du statut particulier; développement des relations avec la RCJ et avec la minorité francophone de Bienne; ouverture vers la formation d'une entité de l'Arc Jurassien. La piste du *statu quo +* implique également une évolution dans la RCJ. Cette piste ne ferme donc pas la possibilité de formation d'un nouveau canton à 6 communes, si les populations du Jura bernois et de la RCJ le souhaitent un jour, conjointement; le *statu quo +* est même une étape indispensable. Les Verts saluent l'esprit d'ouverture dans les rapports avec la Ville de Bienne et demandent que

celle-ci soit intégrée dorénavant dans les discussions. Les Verts espèrent également que les exécutifs des Cantons de Berne et de la RCJ soient ouverts aux perspectives d'un canton de l'Arc jurassien (...). En conclusion, les Verts du Jura bernois recommandent d'accepter la demande spécifique de l'AIJ d'organiser des séances d'information auprès du public (...). Les Verts acceptent qu'à terme le Jura bernois puisse se prononcer une nouvelle fois sur son avenir institutionnel, dans la sérénité (...). Tout ceci dans l'esprit de la charte définie par l'AIJ.»

Position rédigée par Pierre Amstutz, Les Verts du Jura bernois

Stimmrechtsalter 16

Die Zukunft liegt in den Händen der Jungen

Im November wird das Berner Stimmvolk darüber abstimmen, ob im Kanton Bern zukünftig bereits sechzehnjährige an die Urne gehen dürfen. Die jungen grünen bern begrüssen die Vorlage.

Es gibt viele gute Gründe, am 29. November 2009 Ja zu stimmen zum Stimmrechtsalter 16. Für die jungen grünen bern wäre dies ein wichtiger Schritt, um den Stimmen der Jungen mehr Gewicht zu geben. Jugendliche sind mit 16 Jahren durchaus in der Lage, sich eine Meinung zu politischen Themen zu bilden, sind doch viele von ihnen bereits in die Berufswelt integriert und treffen Entscheidungen für ihre Zukunft. Diese Jugendlichen sind schon steuerpflichtig und sollten mitentscheiden können, was mit ihren Steuergeldern geschieht. Nach der Herabsetzung der Schuldfähigkeit auf 14 Jahre im Strafgesetzbuch 2007, sollte erst recht davon ausgegangen werden, dass 16-Jährige verantwortungsbewusst sind, um politische Rechte wahrzunehmen.

Die Geburtenstatistiken weisen nicht darauf hin, dass sich das demographische Problem der

Überalterung der Gesellschaft bald ändern wird. Mit der Herabsetzung des aktiven Stimmrechtsalters kann das Kräfteverhältnis zwischen Jüngeren und Älteren zugunsten der Jungen korrigiert werden. Gerade in der Bildungspolitik sollte die Möglichkeit des aktiven Mitgestaltens der Jugendlichen selbstverständlich sein. Dies ist ein Zeichen des Respekts gegenüber den Jungen, welche von solchen Änderungen am meisten betroffen sind.

Interesse in der Schule wecken

Selbst- und Mitverantwortung sind wichtig für eine funktionierende direkte Demokratie. Um den Jungen die gesellschaftliche und politische Verantwortung geben zu können, ist es wichtig, dass sie über ihre Zukunft entscheiden und ihre Interessen vertreten können. Um ihr Interesse an der Politik zu wecken, sollte der Staatskundeunterricht an den Schulen mehr Gewicht erhalten. Je mehr die Jugendlichen über das politische System wissen, desto besser können sie sich darin zu Recht finden und mitbestimmen. Das Stimmrechtsalter 16 ermöglicht, gelerntes Wissen unmittelbar anzu-

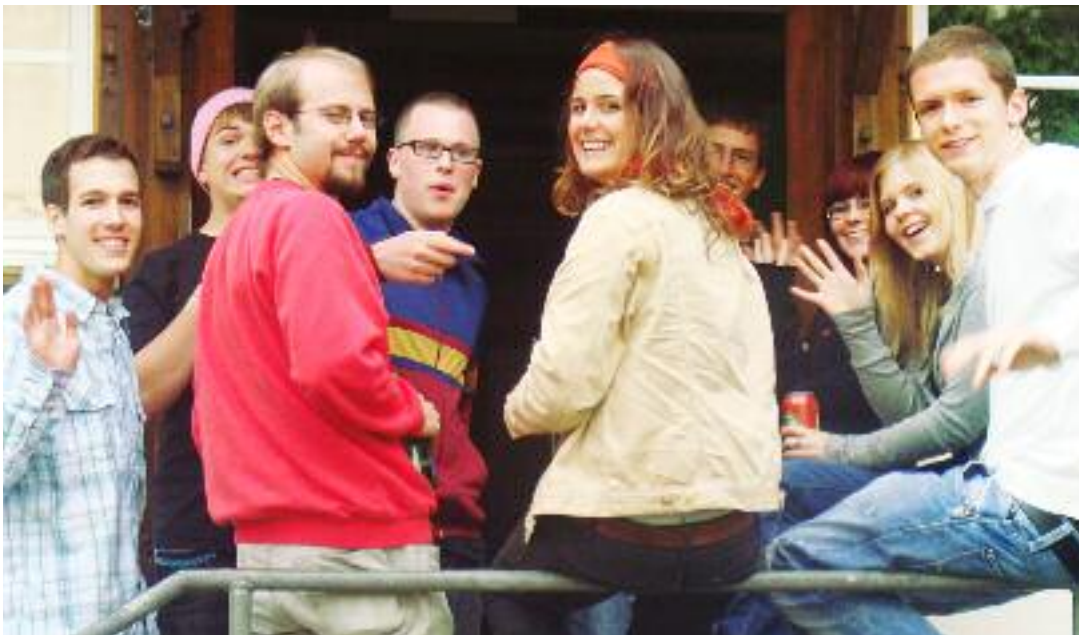
wenden und sensibilisiert die Jungen für eine politische Mitgestaltung an unserer Gesellschaft. Wenn die letzte Staatskunderlektion mit Erreichen des Stimmrechtsalters bereits zwei Jahre zurückliegt, ist die Motivation viel kleiner, sich wieder mit politischen Themen auseinanderzusetzen.

Nicht zuletzt fördert diese Vorlage die Integration, weil alle Jugendlichen gleichermaßen über das Schweizer Polit- und Rechtssystem ausgebildet werden und früh die Möglichkeit haben, ihre Rechte wahrzunehmen.

Engagement fördern

Die jungen grünen bern haben viele Mitglieder, die noch nicht 18-jährig sind. Von der Herabsetzung des Stimmrechtsalters würden sie alle profitieren, denn sie engagieren sich bereits für ihre Anliegen, obwohl sie noch nicht wählen und abstimmen dürfen. Dieses Engagement sollte gefördert werden, denn die Zukunft liegt in den Händen der Jungen!

AG Soziales, junge grüne bern



junge grüne aktiv

■ Die Unlust zu schweigen ...

Was geht in einem jungen Menschen vor, wenn ein Lastwagen auf der Strasse neben ihm vorbeidonnert? Vielleicht versucht er, mittels Kennzeichen die Herkunft des Gefährts zu erraten. Wahrscheinlicher: Er macht sich keine weiteren Gedanken über das Fahrzeug. Wieso sollte er auch? Oder aber, er denkt darüber nach, wie man erreichen könnte, die Strasse von solchen Gefährten zu entlasten und damit die Umwelt zu schonen. Das zuletzt genannte Verhalten trifft am ehesten auf mich zu. Für mich steht

dieser Lastwagen jedoch symbolisch für weitere Probleme, die unsere Gesellschaft beschäftigen und Mensch und Umwelt bedrohen. Nach unendlich vielen solch problembeladenen Lastwagen, die mein ideales Weltbild ins Wanken brachten, machte sich bei mir die Unlust zu schweigen breit. Dies, da ich bald erkannte, dass die unausgesprochenen Ideen in meinem Kopf der Umwelt nichts nützen.

Die Wahl, meinen Tatendrang den jungen grünen zu widmen, war goldrichtig. Als begeisterte

Rennradfahrerin und naturverbundene Wald-durchstreiferin liegt mir die Umwelt besonders am Herzen. Es ist mir wichtig, dass wir mit dem Planeten Erde und den darauf lebenden Menschen, Tieren und Pflanzen sorgfältig und verantwortungsbewusst umgehen. Ich freue mich darauf, mit motivierten jungen Leuten gemeinsam einen spannenden Weg zu beschreiten und etwas zu bewirken!

Selina Stucki, Präsidentin der jungen grünen bern

Energie-Bilanz Biel: Es gibt viel zu tun

Biel macht vorwärts

Seit Anfang Jahr hat die Stadt Biel eine grüne Sicherheits- und Energiedirektorin. Barbara Schwickert zeigt, auf welchen Energiebaustellen sie arbeitet.

Die Stadt Biel hat es in den vergangenen Jahrzehnten verpasst, die Eigenproduktion von Strom zu erhöhen. Nur gerade 20% des Bedarfes entspringt aus eigenen Wasserkraftwerken. Damit befinden wir uns in grosser Abhängigkeit von Dritten. Der Strommix besteht aus ca. 60% Wasser- und 40% Atomenergie. Ein Teil des Stroms aus Wasserkraft ist bereits als Ökostrom «Naturmade star» zertifiziert. Ziel ist es, die ganze Eigenproduktion schrittweise auf diesen Level zu bringen. Konkret steht die Erneuerung des Wasserkraftwerks Hagneck an verbunden mit einer Kapazitätssteigerung. Zudem prüft Biel die Beteiligung an Produktionsanlagen von erneuerbaren Energien im Inland, eventuell auch im Ausland.

Vorbildrolle der Stadt

Im April hat der Gemeinderat, und einen Monat später auch der Stadtrat, beschlossen, dass die Stadt Biel ab Januar 2010 den zertifizierten Ökostrom für den eigenen Bedarf von heute null auf neu 50% erhöht. Dies ist ein wichtiger Schritt in Bezug auf die Vorbildrolle, die die Stadt Biel einnehmen will. Ausserdem prüft der Gemeinderat, wie er mittelfristig den Gesamtstrommix des Energie Service Biel/Bienne (ESB) zu 50% aus zertifizierter erneuerbarer Energie zusammenstellen kann.

Energiestadt-Label weist den Weg

Vergangenen Herbst hat die Stadt Biel knapp das Energiestadt-Label erhalten. Im Juni hat der Stadtrat den Antrag des Gemeinderates gutgeheissen, vier Millionen Franken für Massnahmen zur Umsetzung des Energiestadtlabels bereit zu stellen. Die Spezialfinanzierung wurde meiner Direktion zugeteilt. Dies bedeutet für uns, dass wir nun in Richtung Gebäudesanierung, Förderung erneuerbarer Energie und Energieeffizienz gehen können. Jetzt können konkrete Massnahmen wie das Erstellen eines Energierichtplans, Energiebuchhaltung der städtischen Gebäude, Optimierung der öffentlichen Beleuchtung, energieeffiziente Wasserversorgung, Informationskampagnen angegangen werden. Ausserdem wird für die kommenden drei Jahre eine grosse Kampagne zur Energieeffizienz in der Stadt Biel gestartet.

Die Stadt Biel packt die zahlreichen Aufgaben mit viel (erneuerbarer) Energie an. Gleichzeitig gerät die Stadt wie so manch andere Gemeinde unter einen enormen Spardruck, was sich negativ auf verschiedene wünschbare Projekte auswirken wird – auch im Energiebereich.

Barbara Schwickert

Grüne Sicherheits- und Energiedirektorin Biel



Das kleine Wasserkraftwerk in der Taubenlochschlucht produziert zertifizierten Ökostrom.

LokalSpots

In mehreren Gemeinden mit grünen Ortsparteien stehen diesen Herbst Wahlen an.

■ Nidau: 27. Sept. 2009

Die Grünen Nidau schicken ihren Präsidenten und Stadtrat Florian Hitz als Spitzenkandidaten zusammen mit fünf weiteren Kandidierenden in den Gemeinderatswahlkampf. Die Grünen Nidau hoffen, nach den Wahlen auch im Gemeinderat eine Mehrheit von Rot-Grün-Mitte zu haben. Das ist bisher erst im Stadtrat der Fall. Ihr Ziel ist ehrgeizig: Sie möchten neu einen von sieben Sitzen im Gemeinderat erlangen und im 30-köpfigen Stadtrat die Sitzzahl von zwei auf vier verdoppeln.

Thematisch setzen sie sich dafür ein, dass auch in Nidau verdichtet gebaut wird, gleichzeitig aber auch die Lebensräume aufgewertet werden.

■ Lyss: 27. Sept. 2009

Die Grünen Lyss nehmen zum ersten Mal an den Gemeindewahlen teil. Für das 40-köpfige Parlament präsentieren sie sechs Kandidierende, wobei zwei davon vorkumuliert sind. Präsidentin Irene Roth rechnet mit zwei grünen Sitzgewinnen. Thematisch setzen sich die Grünen Lyss primär für eine Verkehrsberuhigung in Lyss ein, sie wollen den Velo- und Langsamverkehr fördern und ein lebendiges Zentrum, das nicht nur Verkaufsflächen bietet.

■ Münsingen: 1. Nov. 2009

Die Amtszeitbeschränkung fordern die Grünen Münsingen heraus: Nach acht Jahren im Gemeinderat darf Antonio Bauen nicht mehr antreten. Und natürlich wollen sie diesen Sitz verteidigen. Sie schicken das Trio bestehend aus Ökologärtner Christoph Maurer und den beiden Co-Präsidentinnen Irene Wernli Muster und Vera Wenger in den Wahlkampf um den Gemeinderatssitz. Im Parlament gilt es, fünf Sitze zu verteidigen. Die Grünen Münsingen treten mit einer gut austarieren 15er-Liste an.

■ Langnau: 1. Nov. 2009

Die Grünen Langnau treten auf der Liste der SP mit vier grünen Köpfen an. Sie erachten ihre Wahlchancen in den 40-köpfigen Grossen Gemeinderat als gering. Primär geht es darum, am weiteren Parteaufbau zu arbeiten und das eine oder andere neue Mitglied zu gewinnen.

■ Rita Haudenschild tauft Liebefeldpark

Am Eröffnungsfest des neuen Parks in Köniz konnte die grüne Gemeinderätin Rita Haudenschild, auch *Mutter des Parks* genannt, den Taufakt vollziehen. In einem Wettbewerb hat die Bevölkerung über 150 Vorschläge eingereicht, gewonnen hatte der Name «Liebefeldpark».



Veranstaltungsreihe

Sozialhilfe unter Druck



Die von der Weltwoche vor zwei Jahren lancierte Kampagne gegen die Sozialhilfe wurde von den Espace-Medien nach Bern getragen und von den bürgerlichen Parteien dankbar aufgenommen. Mit einer Veranstaltungsreihe versuchen GB, VPOD, AvenirSocial und Interkonfessionelle Arbeitsgruppe Sozialhilfe der Dauerpolemik eine sachliche Debatte gegenüberzustellen.

3	Amt für Erwachsenen-
2	Amt für Erwachsenen-
1	Amt für Erwachsenen-
1	Sozialdienst
EG	Amt für Erwachsenen-
EG	Anmeldung/Empfang

Die Kritik an der Sozialhilfe blieb nicht folgenlos. Die Sozialdienste haben zunehmend Mühe, offene Fachpersonalstellen zu besetzen. Besonders hoch ist die Personalfuktuation in der Stadt Bern. Viel Wissen geht verloren. Der Zugang zur Sozialhilfe ist hochschwierig geworden. Armutsbetroffene werden zunehmend daran gehindert, ihre Ansprüche geltend zu machen. Die Anzahl der gutgeheissenen Beschwerden steigt. Die Kontrollen werden ausgebaut, die Beratung und Betreuung der Betroffenen wird eingeschränkt. Mit drei Veranstaltungen im *Hotel Bern* geben wir im Herbst 2009 Gegensteuer:

Sozialhilfe und Sozialarbeit in der Krise

Montag, 14. Sept. 2009, 19.30 Uhr

Eduard Martin, Schweizerische Gesellschaft für Soziale Arbeit, Johannes Schleicher, Berner Fachhochschule Soziale Arbeit und Annemarie Geissbühler, Stiftung Familienhilfe Bern diskutieren über die Auswirkungen der neoliberalen Ideologie und der Missbrauchskampagnen auf die Identität und die Praxis der Sozialarbeit (Moderation: Brigitte Hunziker).

tät und die Praxis der Sozialarbeit (Moderation: Brigitte Hunziker).

Trägt das soziale Netz in der Krise?

Mittwoch, 21. Okt. 2009, 20.00 Uhr

Ueli Mäder, Professor für Soziologie, Colette Nova, Schweizerischer Gewerkschaftsbund und Blaise Kropf, Grüne, zeigen Zusammenhänge von Wirtschaftskrise, Sozialversicherungssystem und Sozialhilfe auf und stellen Vorschläge zur Bewältigung der kommenden Herausforderungen zur Diskussion (Moderation: Sabine Zaugg).

Droht Sozialabbau im Kanton Bern?

Montag, 30. Nov. 2009, 19.30 Uhr

André Gattlen, Kantonales Sozialamt, Monika Hächler, Grüne, Liliane Zurflüh, Begleitgruppe Teilrevision Sozialhilfegesetz (SHG) und Felix Wolffers, Sozialamt Stadt Bern, erläutern die geplante Revision des SHG und beziehen Stellung zu den Auswirkungen (Moderation: Susanna Regli).
Hasim Sançar, Stadtrat GB Bern

Neu im Stadtrat



In der Politik ist es wie im Konzert: Ungeübte Ohren halten das Stimmen der Instrumente schon für Musik. Nicht alles was laut ist, tönt auch gut. Dass ein

Instrument leise ist, sagt nichts über seine Rolle im Orchester. Der Triangel ist genauso Teil des Orchesters wie die Trompete.

In der Symphonie mit dem Paukenschlag kann der erste Geiger noch so brillant sein – die Hauptrolle und -last hat der minder beschäftigte Paukist.

Nun also darf ich einstimmen ins 80-köpfige Orchester – und weiss noch nicht mal, welches Instrument ich spielen werde. Kommt auf die Partitur an. Mal Piccolo, mal Posaune, mal Basstuba. Am Anfang werde ich wohl den einen oder andern Ton verhauen, mich auf dem Bund vergreifen und meine Instrumente stimmen. Wichtig ist, dass die Symphonie am Schluss gefällt. Und dass aus ungeübten Ohren geübte werden.

Manuel C. Widmer, Präsident GFL und Neu-Stadtrat

Strategiewechsel

2000-Watt statt autofrei!

Die Verkehrsreduktion ist seit Jahrzehnten unser Thema. Der Verkehr wächst unbeeindruckt weiter. Machen wir was falsch?

Vorlagen gegen den Privatverkehr haben es in der Schweiz schwer. Sie sind kaum zu gewinnen. Im Gegenteil: Die umweltbewussten SchweizerInnen leisten sich die schwersten Fahrzeuge mit dem höchsten Treibstoffverbrauch Europas. Es ist uns nicht gelungen, den Privatverkehr auf ein menschenverträgliches Mass zu reduzieren. Umgekehrt zur Verkehrsdiskussion verläuft der Trend bei der energetischen Sanierung von Gebäuden. Hier sind sich plötzlich alle einig. Für eine «Schweizerische Energieallianz», die sich für eine raschere Renovation der Gebäude einsetzt, liessen sich in der Bundesversammlung Abgeordnete aus allen Parteien einspannen. Der drohende Klimawandel mit der globalen Erwärmung, obwohl in seinen Auswirkungen schwer abschätzbar, mobilisiert die Leute besser als die konkrete Gefährdung durch den Strassenverkehr und dessen verheerende Auswirkungen auf die Wohnlichkeit unserer Städte und Dörfer.

War unsere Fokussierung auf den Privatverkehr ein Fehler? Diese These hat sich jedenfalls im Feldversuch bestätigt. In Bern scheiterte im Jahr 2004 die Planung Viererfeld. Die *autofreie Siedlung* war den Stimmberechtigten suspekt. Neuerdings hat sich eine breitere Sichtweise durchge-

setzt. Gesucht wird nicht mehr nach der autofreien, sondern nach der *2000-Watt-Gesellschaft*. In der Stadt Zürich wurde im Herbst 2008 das strategische Ziel *2000-Watt und 1 Tonne-CO2 pro Kopf der Bevölkerung bis 2050* von 76% der Stimmentenden angenommen. In allen Städten bestehen Pläne, *Ökoquartiere* mit umfassender nachhaltiger Bauweise zu realisieren. *Autofreiheit* ist dabei nur eine unter vielen Optimierungen: ÖV-Erschliessung, Langsamverkehr, Sicherheit, Behindertengängigkeit, soziale Durchmischung, Minergiestandard, erneuerbare Energien, recyclebare Baustoffe usw. Im Gegensatz zum blossen *autofreien Wohnen* ist diese ganzheitliche Sichtweise überzeugender. Ich bin überzeugt, dass ein modernes Stadtquartier für die *2000-Watt-Gesellschaft* heute mehr Erfolg hätte als eine *autofreie Siedlung*. Worauf warten wir noch?

Alec v. Graffenried, Nationalrat Grüne Kanton Bern



Mitwirkung Sanierung Hagneckkanal

Zwischen Landwirtschaft und Ökologie

Durch den Hagneckkanal fliesst die Aare in den Bielersee. Der Kanal ist das einzige naturnahe Gebiet im intensiv genutzten Grossen Moos. Die Grünen Seeland nehmen Stellung zur Sanierung des Kanals.

Die Grünen Seeland bedauern, dass kaum eine Erweiterung des Gewässerraumes vorgesehen ist. Wir haben ein gewisses Verständnis dafür, da die

höheren Kosten und der zusätzliche Landbedarf auf wenig Akzeptanz stossen würde. Umso mehr ist aber die Schaffung natürlicher Lebensräume im Epsemoos als Mindestmassnahme zwingend nötig.

Positiv beurteilen wir die geplanten Massnahmen im Damm- und Kanalbereich, die auf verschiedene Lebensraumtypen und Artengruppen ausgerichtet sind. Die unnatürliche Uferverbauung mit Blocksteinen soll hingegen entfernt wer-

den. Für Amphibien sind offenbar nur am Rand des Epsemoos wenige Gewässer vorgesehen. Für deren Ausbreitung sind mehrere Trittsteine in geringer Distanz zu einander zwingend nötig.

Ökologische Vernetzung

Es sind keine ökologischen seitlichen Vernetzungselemente ausserhalb des Dammes in die Moosenebene hinein geplant. Das Projekt ist aber für uns ohne die seitliche Vernetzung von Land- und Wasserlebensräumen Richtung Broyekanal bzw. Nidau-Büren-Kanal nicht akzeptabel. Beim Hagneckeinschnitt sind neben der geplanten Entfernung des rutschgefährdeten Materials auch ökologische Massnahmen wie Flachwasserzonen für Fische und Steilwände für den Eisvogel wichtig.

Das Projekt zielt in die richtige Richtung. Die Ökologie kommt aber zu kurz. Da das Projekt fast ausschliesslich auf den Schutz des Landwirtschaftslandes ausgerichtet ist, darf von dieser eine grössere Fläche zur ökologischen Aufwertung verlangt werden. Lebensnotwendig sind die seitliche Vernetzung, mehrere Amphibiengewässer und neben dem Epsemoos ein zweiter ökologischer Schwerpunkt im Hagneckeinschnitt.

Silvia Lüthi, Präsidentin Grüne Ins



Einfluss der Aare in den Bielersee

Termine

- 8.9.2009, 19:00 Uhr: Blick hinter die Fassade des Mormonentempels in Zollikofen, Führung und Apéro. Anmeldung: gflzollikofen@postmail.ch
- 30.9.2009: MV Grüne Wohlen, Kipferhaus Hinterkappelen
- 10.10.2009: Traditionelle Mostaktion der GFL Zollikofen vor dem Coop Ziegeleimärit
- 15.10.2009: MV Grüne Wohlen mit Bernhard Pulver, Kipferhaus Hinterkappelen
- 19.10.2009: MV und Nomination der GR-Kandidierenden Grüne Mittelland-Nord, 19.00 Uhr, Casa d'Italia Bern
- September bis November: Veranstaltungen zur Sozialhilfe im Spannungsfeld zwischen Wirtschaftskrise, Leistungsabbau bei Sozialversicherungen, Missbrauchsdebatte und der geplanten Neuregelung der Finanzierung im Kanton Bern. Organisiert durch: GB Stadt Bern, AvenirSocial Sektion Bern, VPOD Region Bern und IKAS (S. 6).

Impressum

Redaktion: Sabine Zaugg, Simon Röthlisberger
 Layout: TransForm
 Foto: Liegenschaftsverwaltung Stadt Bern (S. 2), Rudolf Steiner (S. 5 oben), Daniel Bill (S.5 unten)
 Druck: Schläfli & Maurer AG, Interlaken
 Auflage: 6400
 Redaktionsschluss Nr. 12: 7.10.2009

Aktiv

■ JuristInnen-Apéro

Die Grünen Kanton Bern haben ein Netzwerk von Juristinnen und Juristen geschaffen, die im Kanton Bern in der Advokatur oder Justiz (Gerichte, Staatsanwaltschaft, verwaltungsinterne Justiz) tätig sind oder die mittelfristig eine solche Tätigkeit anstreben. Der Justizausschuss der Grünen lädt alle Interessierten zum Kennenlernen, Wiedersehen und angeregten Diskutieren bei einem Apéro ein: Am 16. September 2009, 18 Uhr, Sitzungszimmer KODA, Belpstrasse 47 in Bern.

Für die bessere Planung wird um eine Anmeldung gebeten an Barbara.Muehlheim@koda.ch. Wer nicht kommen kann, jedoch an regelmäßigen Mail-Informationen interessiert ist, kann sich ebenfalls melden.

■ Einladung zur Nomination des Regierungsrates

Am 14. Oktober 2009 (Termin vom 16. September wurde gestrichen!) findet die ausserordentliche DV der Grünen Kanton Bern im Kursaal statt, an der Bernhard Pulver als Regierungsrats-

kandidat nominiert wird. Im zweiten Teil des Abends feiern wir zusammen mit der SP den Auftakt des Wahlkampfes. Musik und ein satirisch-literarischer Input werden für eine festlich-fröhliche Stimmung sorgen. Alle Mitglieder, SympathisantInnen und FreundInnen der Grünen sind zum Fest eingeladen. Mehr Infos folgen auf www.gruenebern.ch (Rubrik: Agenda).

■ Grüne Migrations- und Integrationspolitik

Am 3. Oktober 2009 veranstaltet die Grüne Schweiz eine Fachkonferenz zum Thema: «Grüne Migrations- und Integrationspolitik – woher, wohin?» Unter anderem treten auf: Marc Spescha, Anwalt und Autor zahlreicher Publikationen auf dem Gebiet des Migrationsrechts und Antonio Hodgers, Grüner Nationalrat aus Genf. Am Nachmittag finden Workshops statt.

9.30 Uhr – 16.00. Campus Muristalden, Bern. Anmeldung: Grüne Partei der Schweiz, Corinne Dobler, 031 312 66 60, corine.dobler@gruene.ch

JA zur IV-Zusatzfinanzierung

... denn es kann jeden treffen

Die Invalidenversicherung IV ist in einer beunruhigenden finanziellen Lage, welche sich durch jährliche Defizite von rund 1,5 Mrd. Franken laufend noch verschlechtert. Unter dieser Verschuldung leidet auch der AHV-Fonds. Die AHV jetzt von der IV zu trennen, bringt Rentensicherheit für die aktuellen und künftigen AHV-Renten.

Ein Ja zur IV-Zusatzfinanzierung bedeutet keine Aushöhlung der AHV, wie dies von den Gegnern behauptet wird. Damit auch jene Menschen, die auf die IV angewiesen sind, sich auf eine sichere, stabile und soziale Versicherung verlassen können, muss die Schuldenwirtschaft der IV gestoppt und die IV auf eine solide Basis gestellt werden.

Missbrauch ist verwerflich

In der Diskussion rund um die IV wird das Thema *Missbrauch* immer wieder hochgekocht und Menschen mit einer Behinderung werden als Scheininvalid diffamiert. Missbrauch ist bei der IV ebenso verwerflich wie bei jedem anderen Sozialsystem. Missbrauch muss verurteilt und ausgeräumt werden. Den einzelnen IV-Bezügern, die sich ungerechtfertigt Leistungen erschleichen, steht eine grosse Zahl an echten Betroffenen gegenüber. Sie sind auf die Leistungen dringend angewiesen, sei es durch Behinderung seit Geburt, durch Krankheit oder Unfall.

Es kann jeden von uns treffen, jederzeit! Morgen kann ein Unfall oder eine schwere Krankheit

bewirken, dass wir stark eingeschränkt oder gänzlich arbeitsunfähig sind, dass wir Hilfe benötigen und auf die Unterstützung durch die IV dringend angewiesen sind.

Es braucht verlässliche Sozialwerke

Auch die Finanzwelt und die Wirtschaft befinden sich aktuell in einer schwierigen Lage. Gerade in schwierigen Zeiten muss spürbar sein, dass das soziale Netz hält, die Sozialversicherungen verlässlich funktionieren und die Politik verantwortungsbewusst handelt. Es braucht die IV-Zusatzfinanzierung, die für uns alle eine kaum spürbare Mehrausgabe bedeutet und für die Betroffenen – die wir eines Tages durchaus selber sein könnten – eine sichere, soziale und stabile Versicherung bringt.

Christine Häsler

Grossrätin Wilderswil, Nationale Kampagnenleiterin www.proiv.ch



JA zur IV-Zusatzfinanzierung
am 27. September 2009
www.proiv.ch

Erste Bausteine



Die Grünen Schweiz haben erste «Bausteine zum ökologischen Umbau der Wirtschaft» (besser wäre: «nachhaltiger Umbau») verabschiedet. Der Massnahmenkatalog listet auf,

welche politischen Anreize es pro Branche braucht, um den Ressourcenverbrauch zu drosseln. Dies sind wertvolle Leitlinien für einen Green New Deal in der Schweiz. Sie alleine genügen aber nicht, wie aus der äusserst lesenswerten Einleitung hervorgeht. Ungelöst bleibt das Problem, dass mit zunehmendem Wachstum der Ressourcenverbrauch nach wie vor steigt und die «Entkoppelung» schwieriger ist als erhofft. Dringend ist deshalb eine Diskussion darüber, wie wir zu einem nachhaltigeren Konsum kommen: «Nicht ein immer mehr soll der Massstab sein, sondern die Frage, was für Mensch und Umwelt zuträglich ist.» Zentral ist zudem die soziale Frage: Eine Wirtschaft ist nur dann nachhaltig, wenn Einkommen und Vermögen, bezahlte und unbezahlte Arbeit gerecht verteilt sind. Es müssen also noch viele Bausteine hinzugefügt werden.

Lisa Bürgi, für die AG Wirtschaft

bewegt

AZB, 3000 Bern 1

Grüne Kanton Bern
Monbijoustrasse 61
Postfach 1066
3000 Bern 23
031 311 87 01
sekretariat@gruenebern.ch
Adressänderungen bitte nicht melden

Ich interessiere mich für Grüne Politik.
Bitte nehmt mit mir Kontakt auf.

E-mail

Ich möchte Mitglied werden

Unterschrift

Parolen

■ National

Die Schulden der IV dürfen nicht weiter anwachsen. Darum sagen die Grünen am 27. September 2009 JA zur befristeten Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung durch eine Anhebung der Mehrwertsteuersätze. Mit diesem wichtigen Schritt wird zudem die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) endgültig davon befreit, für das Defizit der IV aufkommen zu müssen. Die Delegierten sagen ebenfalls JA zum Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative.

■ Kantonal

Die Grünen sagen JA zum Beitritt zu Harnos, weil damit die Grundbedingungen für eine zeitgemässe Volksschulbildung verbessert und Veränderungen in Gesellschaft, Erziehung und Familie Rechnung getragen wird. Harnos setzt alte grüne Forderungen wie Tagesstrukturen, Integration und Chancengleichheit um und reagiert damit auf veränderte Realitäten.
www.ja-zu-harnos.ch

■ Stadt Bern

Die Grüne Freie Liste (GFL) und das Grüne Bündnis (GB) haben beide mitgeholfen bei der Lancierung und dem Zustandekommen der Initiative «Für einen autofreien Bahnhofplatz». Für die Abstimmung am 27. September empfehlen sie beide die JA-Parole.